

50 Jahre SGA
„Europapolitik im nationalistischen Gegenwind?“
am 15. Juni 2018

Sehr geehrte Damen und Herren!

Danke sehr herzlich für die Einladung, am 50 Jahr Jubiläum der schweizerischen Gesellschaft für Außenpolitik teilzunehmen und zum Thema „Europapolitik im nationalistischen Gegenwind“ zu sprechen.

Ich tue das sehr gerne aus mehreren Gründen.

Erstens um damit die exzellenten, stabilen und vertrauensvollen Beziehungen zwischen Österreich und Schweiz zu unterstreichen und die Tätigkeit der SGA zu würdigen. Wenn ich die letzten 50 Jahre hernehme, gibt es kein Land, mit dem Österreich einen so wolkenlosen Beziehungshimmel hat, wie mit der Schweiz. Und ein Handelsvolumen von 15 Mrd. Euro zwischen zwei Ländern, die zusammen nicht mehr als 17 Mio. Einwohner haben, spricht ebenfalls Bände.

Der zweite Grund ist, weil mir die Einladung von Gret Haller überbracht wurde, mit der mich nicht nur unsere gleichzeitige Tätigkeit an der Spitze parlamentarischer Körperschaften, sondern darüber hinaus eine gute langjährige Freundschaft verbindet, die es mir unmöglich gemacht hätte negativ zu antworten.

Drittens bin ich derzeit gut trainiert, was das Feiern von Jubiläen oder das Begehen von Gedenktagen betrifft. In das Jahr 2018 fällt bekanntlich das 170. Jahr Jubiläum der Revolution von 1848, das 100. Jahr Jubiläum des Endes des Ersten Weltkrieges und der Gründung der Republik Österreich, der tragische und beschämende 80. Jahrestag des sogenannten Anschlusses Österreichs an Hitler-Deutschland. Auch der 70. Jahrestag der Beschlussfassung über die Menschenrechtsdeklaration und der 50. Jahrestag der Niederschlagung des Prager Frühlings im August 1968 an Österreichs Nordgrenze. Und eben auch der 50. Jahrestag der Gründung der Schweizerischen Gesellschaft für Außenpolitik.

Und für die Themenwahl war für mich ausschlaggebend, dass mir ein wachsender nationalistischer Gegenwind gegen Grundprinzipien der europäischen Integration Sorge bereitet, sodass ich überzeugt bin, dass wir uns mit diesem Phänomen auseinandersetzen müssen.

Wenn ich mit einem kurzen Rückblick auf das Jahr 1918, auf das Ende des 1. Weltkrieges und auf den Geburtstag der Republik Österreich am 12. November 1918 beginne, dann muss ich sagen, dass dies ein schmerzlicher Tiefpunkt in der europäischen Geschichte war.

Von den fünf großen Mächten, die seit dem Wiener Kongress des Jahres 1815 Europa stabil gehalten haben – teilweise mit zweifelhaften Methoden - nämlich Großbritannien,

Frankreich, Deutschland, Österreich und Russland, sind drei Mächte zusammengestürzt und grundlegenden Veränderungen unterworfen worden:

Das Deutsche Kaiserreich ist zerbrochen und das republikanische Deutschland nach 1918 war ein ganz anderes als jenes vor 1918 auch wenn sich das Territorium des Deutschen Reiches nicht wesentlich verändert hat.

In Österreich ist eine Monarchie, die mehr als 50 Millionen Einwohner auf einer Fläche von einer halben Million Quadratkilometer umfasste, zu einer Republik mit sieben Millionen Einwohnern auf knapp mehr als 80.000 Quadratkilometern zusammengeschrumpft. Die junge Republik ist als Republik Deutsch-Österreich am 12. November mit noch ungewissen Grenzen gegründet worden, weil eine politische und wirtschaftliche Zukunft für das kleine Restösterreich damals nur in Form eines Anschlusses an Deutschland möglich erschien. Genau dieser Anschluss ist aber in den Friedensverträgen von 1918 verboten worden.

Noch grundlegendere Umwälzungen hat es zweifellos in Russland gegeben, wo der Zarismus von der bolschewistischen Revolution hinweggefegt wurde.

Ich bin überzeugt davon, dass die Gegenwart in einem vielschichtigen Zusammenhang mit der Vergangenheit steht und dass unsere Zukunft – wenn auch in komplexer Weise – auf Vergangenheit und Gegenwart aufbaut bzw. von ihnen beeinflusst wird.

Ich könnte z.B. die 2. Republik Österreich, also die Zeit seit 1945, nicht verstehen und schon gar nicht erklären ohne die Kenntnis der Entwicklungen in der 1. Republik.

Man könnte auch das Entstehen der EWG bzw. der EU also des europäischen Integrationsprozesses nicht erklären und verstehen, ohne Kenntnis der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und ohne den Verlauf des 2. Weltkrieges zu kennen etc.

Dieser 2. Weltkrieg war ein extrem tiefer Einschnitt in den Verlauf der Geschichte, mit weltweit mehr als 50 Millionen toten Soldaten und Zivilisten und zusätzlich 6 Millionen Opfern des Holocaust.

Da war ein „weiter so“ völlig undenkbar. Neue Bausteine, neue Denkmuster für den Wiederaufbau Europas waren unumgänglich.

Diese Bausteine hießen Frieden, Versöhnung, Demokratie, Marshallplan europäische Zusammenarbeit und Absage an den destruktiven Nationalismus. Diese Bausteine wurden im demokratischen Teil Europas geschätzt, wurden als Lehren aus der Vergangenheit angenommen und für den Weg in die Zukunft verwendet. Der Osten Europas hatte zunächst seine eigene Geschichte und seine eigene Agenda.

Als die Schweizer Gesellschaft für Außenpolitik 1968 gegründet wurde, hatte Europa schon einen beträchtlichen Teil seiner frühen Nachkriegsgeschichte, einschließlich Berlinkrise, Österreichischer Staatsvertrag, ungarischer Revolution, Wettrüsten, beginnender Enstalinisierung etc. zurückgelegt. Die EWG war bereits gegründet, ebenso die NATO und der Warschauer Pakt.

Von der ungarischen Revolution gab es eine logische Linie zum Prager Frühling des Jahres 1968, und von dort wiederum eine logische Verbindung zum Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989.

In diesem Jahr, also 1989 hatte die EWG 12 Mitglieder. Und alle Staaten Europas blickten mit Aufmerksamkeit und Interesse auf dieses Integrationsmodell.

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs waren Freiheit, Demokratie, Marktwirtschaft und Unabhängigkeit die Ideale in West- und Osteuropa.

Nationalistische Strömungen waren – im Vergleich zur Zwischenkriegszeit, zwischen dem 1. Und 2. Weltkrieg – relativ schwach. Im Westen war der Nationalismus noch mit großer historischer Schuld beladen, und im Osten hatte sich die Sowjetunion nationalistische Strömungen in ihren Vasallenstaaten vom Leib gehalten und brandmarkte sie als „nationalistische Abweichungen“.

Nach der Auflösung des sowjetischen Imperiums war das außenpolitische Hauptziel der meisten ehemals kommunistisch regierten Länder die frühestmögliche Integration in NATO und EWG.

*

In jenem Jahr in dem die Mauer fiel, also 1989 stellten Finnland, Norwegen, Österreich und Schweden Anträge auf Mitgliedschaft in der EWG. Die Verhandlungen waren schwierig, verliefen aber positiv, die Volksabstimmung in Österreich erbrachte eine Zustimmung von genau 2/3 der Abstimmenden und am 1. Jänner 1995 wurden Finnland, Österreich und Schweden Mitglied der EWG, während die Schweiz und Norwegen in Übereinstimmung mit der Mehrheit ihrer Bevölkerung einen anderen Weg gegangen sind. Aber auch eine große Zahl der früher kommunistisch regierten europäischen Länder stellten Anträge auf Aufnahme in die EU. Man kann sogar sagen, dass es einen richtigen Ansturm auf Mitgliedschaft in der europäischen Gemeinschaft gegeben hat, der kaum zu bremsen war. Die Ungeduld war groß, und jeder westeuropäische Spitzenpolitiker der in der Hauptstadt eines ehemaligen Ostblockstaates zu Gast war, musste sich drängende Fragen gefallen lassen wann es den endlich zur Mitgliedschaft des betreffenden Landes kommen werde.

Als aber schließlich die Zahl der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union von 15 auf 25 bzw. 27 und dann 28 Staaten angewachsen war, begann jene Phase wo nationalistischer Gegenwind langsam aber immer deutlicher spürbar, einzusetzen begann.

Dabei muss man klar unterscheiden zwischen Patriotismus, den ich schätze weil er Wertschätzung und Begeisterung für das eigene Land und die eigene Kultur ausdrückt, und Nationalismus, den ich für verhängnisvoll halte weil die Wertschätzung für das eigene Land und die eigene Kultur mit Herabsetzung Ablehnung und Geringschätzung anderer Länder und Kulturen verknüpft wird.

Ich bin nicht so naiv zu glauben, dass es vor 2004 keine nationalstaatlichen Interessen und nationalistische Strömungen gegeben hat, aber die Gründungsidee der EU war eben die Schaffung einer Gruppe von „like minded countries“, die so enge Beziehungen zueinander haben, die in so vielfältiger Weise zusammenwachsen, dass

ein politischer Gleichklang entsteht und Spaltung oder Feindschaft zwischen diesen Staaten de facto unmöglich werden soll. Die Interessen der EU-Pioniere lagen so nahe beisammen, dass man sich über weite Strecken das vertrauensbildende Einstimmigkeitsprinzip leisten konnte; vernünftige Kompromisse waren erzielbar und machten das Mehrheitsprinzip nicht erforderlich. Nationalistische Tendenzen oder Nostalgien waren marginalisiert.

Jedes zusätzliche Mitglied - einschließlich Österreich - machte aber die Anwendung der für die Anfangsphase des Integrationsprozesses bestens geeigneten Strukturen, einschließlich des Einstimmigkeitsprinzips ein kleines bisschen schwieriger. Es ist ja nicht zu leugnen: Je größer die Mitgliedszahl eines Gremiums umso kleiner wird – was sich ja aus der Logik der Mathematik ergibt – der Einfluss des einzelnen Mitglieds. Mit sinkendem Einfluss sinkt aber auch die Loyalität zu den Entscheidungen dieser Struktur. Dieses Phänomen hat sich zunächst nicht stark bemerkbar gemacht. Der Wille zum Konsens war stark entwickelt und die Freude in der EU „dazuzugehören“ war auf allen Seiten groß genug, um Hindernisse in der Entscheidungsfindung zu überwinden. Mit der Zeit aber begann die Loyalität zum europäischen Gedanken da und dort Abnützungerscheinungen aufzuweisen. Von europäischen Grundwerten abweichende Positionen wurden häufiger und sie wurden auch mit größerer Hartnäckigkeit verteidigt.

Die Drohung, mit einem Veto die Einstimmigkeit zu blockieren, war bis vor relativ kurzer Zeit höchstens ultima ratio. Heute ist das anders – der nationalistische Gegenwind wird stärker.

Wenn ich daran denke wie manche Regierungschefs heute über die EU und die EU-Institutionen reden – und warum sollte ich nicht als Beispiel dafür z. B. den ungarischen Ministerpräsidenten nennen – dann bekommt man den Eindruck sie sprechen nicht über eine Institution, deren Mitglied sie aufgrund eines Ansuchens um Aufnahme sind, sondern über eine Organisation vor deren Einfluss und vor deren Entscheidungen man sich in Acht nehmen muss.

In den letzten Jahren konnte man sogar schon Sätze hören wie z.B. „Wir haben uns von der Bevormundung aus Moskau nicht befreit, um uns jetzt von Brüssel bevormunden zu lassen“ oder Ähnliches.

Auf der anderen Seite Europas war der Brexit ein Knalleffekt, der ebenfalls aus einer Überbetonung nationaler Interessen und Egoismen entstanden ist.

Das Problem liegt aber nicht nur darin, dass eine Institution die aus fast 30 Staaten, mit 30 Regierungen, 30 Regierungschefs, 30 Parlamenten mit 30 verschiedenen Wahlvölkern besteht naturgemäß beträchtliche zentrifugale Kräfte entwickelt; das Problem besteht vielmehr auch darin, dass in den einzelnen Mitgliedsstaaten nationale Tendenzen und Strömungen unübersehbar stärker werden, die sich bremsend auf die internationale Zusammenarbeit auswirken. Man muss sich ja nur die Wahlergebnisse und die Zusammensetzung der Parlamente in den Mitgliedsstaaten der EU aber auch des Europäischen Parlaments in den letzten 20 Jahren ansehen.

Man erkennt diese Tendenz auch an den Diskussionen zum Migrations- und Flüchtlingsthema oder ganz akut an den Diskussionen über den Finanzrahmen der Europäischen Union: Geld der Nationalstaaten für die Europäische Union ist nicht Geld

für unsere Union sondern Geld, das für Brüssel, also für „fremde Zwecke“ ausgegeben wird. Daher - je weniger umso besser.

Gibt es dafür eine Erklärung?

Manche meinen, dass wir zwar aus den verheerenden Konsequenzen des 2. Weltkriegs, aus den Verbrechen der Nationalsozialisten, aus der historischen Feindschaft zwischen bestimmten europäischen Nationen richtige Lehren gezogen haben, dass aber solche Lehren nach zwei oder drei Generationen zu verblassen beginnen und ihre Wirkung verlieren. Das Ende des 2. Weltkriegs liegt jetzt immerhin schon mehr als 73 Jahre zurück.

Andere argumentieren, dass angesichts der um ein vielfaches vermehrten Zahl der Mitgliedsländer der EU, der einzelne Mitgliedsstaat seine nationalen Anliegen stärker und härter vertreten muss um sich durchzusetzen, was mit einem wachsenden Nationalismus Hand in Hand geht.

Ein dritter Standpunkt lautet, dass das alles ja nicht nur ein EU-Problem sei, sondern der Nationalismus außerhalb der EU - siehe Trump, siehe Putin, siehe Erdogan - noch deutlicher zunimmt, weil die globale Konkurrenz stärker wird. Wenn für den amerikanischen Präsidenten Trump der Grundsatz „America first“ gilt, dann darf man sich nicht wundern, dass dies Nachahmer findet.

Wahrscheinlich addieren sich diese verschiedenen Erklärungsmuster in höchst unfreundlicher Weise.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte aber – um Missverständnisse zu vermeiden – an dieser Stelle hinzufügen, dass ich nach wie vor ein überzeugter Anhänger einer Erweiterung der EU um die restlichen sechs Staaten des westlichen Balkans – natürlich nach Erfüllung der entsprechenden Kriterien - bin und bleibe. Das wird vielleicht das Problem der Willensbildung innerhalb der EU manchmal weiter komplizieren, aber eine solche Erweiterung wird andererseits zur Stabilisierung des westlichen Balkans beitragen und würde zur Folge haben, dass sich einzelne Balkanstaaten nicht für andere außenpolitische Orientierungen entscheiden, sondern dass wir es mit einer politisch und wirtschaftlich stabileren Region am Südrand der Union zu tun haben.

Sehr geehrte Damen und Herrn!

Zum Schluss bin ich Ihnen wohl auch eine kurze Antwort auf die Frage schuldig, welche Rolle Österreich in dem Prozess, den ich gerade zu schildern versucht habe spielt; dies umso mehr, als Österreich im zweiten Halbjahr 2018 die Präsidentschaft in der EU inne hat.

Nun wissen wir alle, dass man bei Stellungnahmen zum eigenen Land im Ausland ein gewisses Maß an Zurückhaltung praktizieren soll. Das habe ich auch immer berücksichtigt. Und ich stelle gerne außer Streit, dass es trotz des Regierungswechsels eine Reihe langfristiger Komponenten der österreichischen Außenpolitik gibt, die nach wie vor Gültigkeit haben.

Ich wage aber nicht zu behaupten, dass Österreich von der vorhin geschilderten Entwicklung eines Anwachsens restriktiver Positionen in der Europapolitik und eines Anwachsens nationalistischer Strömungen und Egoisten völlig unberührt ist. Wenn ich das plastisch und verständlich schildern soll würde ich sagen, im Match zwischen dem Team namens „Austria first“ gegen das Team „europäische Solidarität“ liegt das erstgenannte Team derzeit deutlich in Führung.

Ein Beispiel dafür ist die Flüchtlingspolitik, wo ich die jüngsten Entscheidungen und bestimmte Vorschläge der jeweils neuen Innenminister von Deutschland, Österreich und Italien mit großem Unbehagen betrachte.

Das Wort Subsidiaritätsprinzip wird verwendet wenn man zum Ausdruck bringen will, dass man Konzepte die auf eine Stärkung Europas, auf mehr Europa hinauslaufen wie das z.B. der französische Präsident Macron vorschlägt, ablehnt. Denn jeder, der die Geschichte der europäischen Integration kennt weiß, dass die Pioniere des Europagedankens für ein starkes Europa eingetreten sind, und nicht das Subsidiaritätsprinzip als Leitmotiv auf ihre Fahnen geschrieben haben. Ihr Ziel war das Prinzip des fortschreitenden Zusammenwachsens in einem starken Europa, also das Prinzip der Vertiefung.

Meine Damen und Herren!

Mit großer Klarheit möchte ich abschließend hinzufügen, dass ich trotz aller Schwierigkeiten für Europa immer noch Optimist bleibe. Die Geschichte verläuft nicht geradlinig wie ein Lineal, sie kennt vielmehr Schwankungen, Richtungswechsel, Tempoänderungen etc., und Europa wird längerfristig den nationalistischen Gegenwind überwinden, weil uns angesichts weltpolitischer Entwicklungen gar nichts anderes übrig bleiben wird als unseren Heimatstaaten verbunden zu bleiben, aber die europäische Zusammenarbeit auf den verschiedensten Gebieten weiter zu festigen. Europa hat weiterhin Zukunft.

Anrede!

Ich darf der schweizerischen Gesellschaft für Außenpolitik nochmals zum 50. Geburtstag gratulieren und wünsche uns allen, dass beispielsweise eine Festrede zum 75. Geburtstag der SGA eine insgesamt positive Bilanz über die aus heutiger Sicht vor uns liegenden 25 Jahre ziehen können.